

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen.
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Verlagsdirektor: Dönhofs 292-293
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokratisches Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

7 Goldpfennig

70 Milliarden

Donnerstag

28. Februar 1924

Berlin und Provinzialabteilung
Verlag: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 2500-2507

Die Geheimnisse der Kampfbündler.

Hitler-Prozess hinter verschlossenen Türen.

28. München, den 28. Februar.

Der Beginn der heutigen Verhandlung verzögerte sich sehr stark, da Lubendorff, der sich täglich mit einem Kraftwagen von seinem außerhalb Münchens gelegenen Besitz in Ludwigshöhe zur Verhandlung in der Kriegsschule begibt, eine Autopanone erlitten hatte. Im Gericht errigte bereits das Ausbleiben Lubendorffs außerordentliches Aufsehen. Unerwartet Gerüchte schwirrten umher, bis der maßgebende Polizeileitender dem Gerichtshof meldete, daß Lubendorff von den Gründern der Verjährung telephonisch Mitteilung gemacht habe. Wie sich später herausstellte, hatte Lubendorffs Auto sich im Vorlauf im Schnee so fest gefahren, daß es sein Fahrer nicht fortziehen konnte. Mit Hilfe einer aus München herbeigeholten Kraftmaschine konnte Lubendorff und sein Verteidiger schließlich gegen 10 Uhr die Kriegsschule erreichen. Infolgedessen begann die Verhandlung mit einer einviertelstündigen Verspätung.

Zu Beginn erhob sich Justizrat Kohl und machte zu der gestrigen Vernehmung des Generals Epp folgende Bemerkung:

General Epp wurde vernommen, ob ein Protokoll von der Sitzung am 6. November zwischen Herrn v. Rohr und dem „Kampfbund“ in seiner Gegenwart einmal verlesen worden ist. General Epp hat das verneint.

Im November 1923 hat General Epp jedoch die Studentenchaft ins Löhringhaus geladen und die Führer über ihre Beteiligung am 8. November befragt. General v. Epp kam es darauf an, die Münchener Studenten für seine zu gewinnen. Die katholischen Studenten sagten zu; die Bauernschaften lehnten ab, da sie erklärten, mit einem Mann, der sein Wort gebrochen hat nicht paktieren zu können. In Gegenwart Epps wurde von Oberleutnant Herant das französische Protokoll der Sitzung verlesen. Ich muß annehmen, daß es sich um ein Verlesen des Gedächtnisses des Zeugen Epp handelt. Weiter habe ich mich um die Adresse Ehrhards bemüht.

Ich habe festgestellt, daß er einen Stock höher wohnt als Oberleutnant Kriebel. (Zur Staatsanwaltschaft gewandt:) Es war doch nicht schwer, das herauszubekommen.

Erster Staatsanwalt Stengelmann: Die Staatsanwaltschaft konnte damals den Aufenthalt Ehrhards nicht ermitteln.

Wir haben kein Strafvergehen gegen Ehrhardt. Wir haben auch an seiner Vernehmung kein Interesse.

Was wir wissen wollten, haben wir von den Herren Rohr und Kössow erfahren.

Zweiter Staatsanwalt: Ich habe schon im Dezember gefordert, ein Verfahren gegen Rohr, Kössow und Seiber zu eröffnen. Die Staatsanwaltschaft kann sich doch nicht auf einen bestimmten Kreis von Zeugen beschränken. Rechtsanw. Dr. Holl: Ich weiß die Staatsanwaltschaft nicht an, da ich von der Staatsanwaltschaft selbst den Auftrag auf Freisprechung der Angeklagten erwarnte. Ehrhardt ist von anderen Vernehmungen mitgeteilt worden, daß er verhaftet wird, wenn er hier aufsteht. Ich bitte um Feststellung, wer diese Stelle ist. Die Ehrhardt des angedroht hat.

Dann wurde als nächster Angeklagter der militärische Leiter des „Kampfbundes“.

Oberleutnant Kriebel vernommen. Kriebel, ein hochgewachsener breitschultriger Mann, erklärt zunächst, daß er nach dem Kriege der Waffenstillstandskommission in Spa angehört habe. Dort habe er das ganze (Eck) von einem mittelstolten, erbarmungslosen, zu jeder Gelegenheit tödlichen Feinde zu stehen, während in unserem Rücken Berräterbanden des letzte Bollwerk zerstörten, das dem Vordringen des Feindes hätte Einhalt gebieten können. Damals ist es mir klar geworden, daß uns nicht nur von außen, sondern

auch innen ein Feind gegenübersteht, der beseitigt werden mußte.

Ich war dann am 15. März 1920 an der politischen Umwälzung beteiligt und habe mir dort, wenn ich so sagen darf, die „Staatsstreiksproben“ verdient. (Pfeifert.) Der Höhepunkt meiner Tätigkeit

leitete mich das Bundesgchicht mit der Feier auf dem Königsplatz. In die Öffentlichkeit bin ich nie getreten. Der Erfolg der Einwohnerwehren in Bayern steigerte ihr Ansehen über die Grenzen des Bundes hinaus. Es wurden Beziehungen zu norddeutschen Organisationen angeknüpft und schließlich die

Organisation Ehrlich

gegründet, die mich in ganz Deutschland herumbrachte, die mich mit allen Männern, die so eifrig tätig waren, in enge Beziehungen brachte. Auf den äußeren Druck richtete dann die Reichsregierung die Aufforderung an Bayern, die Einwohnerwehren aufzulösen. Rohr, mit dem ich zuerst wie mit einem väterlichen Freund verkehrte, ist ein Mann der offenen Hinterschürzen (Heiderkeit), der die letzte Konsequenz nicht zieht, solange er die Möglichkeit hat, sich einem Entschluß zu entziehen. Die Einwohnerwehr lebte noch eine Zeitlang in kleineren Vereinen weiter, konnte aber dann im geheimen nicht mehr weitergeführt werden.

Durch meine Beziehung auch zu deutschösterreichischen Kreisen war ich gezwungen, zu der Frage deutschösterreichischer Stellung zu nehmen. Ich bin überzeugt, daß der Anschluß deutschösterreichischer an Bayern war für mich sehr verführerlich, denn das bayrische Volk hat ein Recht, sein altes Kolonialland wieder mit sich zu vereinigen, nachdem die dynastischen Schwierigkeiten beseitigt sind.

Über selbstverständlich war für mich der Anschluß niemals eine unabänderliche Bedingung. Ich war nur der Ansicht, daß der Erzherzogthum, die Preußen 1866 an sich gekneipelt hat, Bayern geeignet war, Deutschland am besten an sich anzuknüpfen. Meine Tätigkeit bei der Orgesch fand dann auf einem merkwürdigen Grund ein plötzliches Ende. Ich war verärgert durch den Vorwurf, daß ich die Donaumonarchie errichten wollte und trat zurück. Ich hatte seit längerer Zeit Beziehungen zu den einzelnen Verbänden, ich war Mitglied der „Reichsloge“ seit 1921 und fand auch mit Hitler in Verbindung, zu dem ich mich nicht auf Grund seiner Reden, sondern aus einem anderen Grunde hingezogen fühlte. Durch Hitler kam ich dann zum „Kampfbund“, dessen militärischer Führer ich wurde. Diese Stellung hat mich dann in meine jetzige Lage gebracht. Mit Rücksicht auf die Ruhe und Ordnung im Staat bitte ich jetzt, mir Gelegenheit zu geben, mich über

alles weitere in nächster öffentlicher Sitzung zu äußern. Vors.: Schon jetzt? Ist das unbedingt erforderlich? Kriebel: Jawohl, es ist unbedingt notwendig.

Daraufhin zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Nach kurzer Zeit verkündete Landgerichtsdirektor Reibhart den Gerichtsbescheid, daß für die weitere Dauer der Vernehmung Kriebels die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen wird. Die Anwesenheit im Verhandlungslokal wird lediglich den Vertretern der Reichs-, Staats- und Militärbehörden gestattet, denen aber, wie allen übrigen Pressebeisitzigen, ein stilles Schweigebot auferlegt wird. Daraufhin wurde gegen 11 Uhr der Saal geräumt und die Verhandlung in nicht öffentlicher Sitzung fortgesetzt.

Wie wir erfahren, ist es nicht unmöglich, daß das Volksgericht von seiner ursprünglichen Absicht, nach Möglichkeit den größten Teil des Prozesses in öffentlicher Sitzung zu verhandeln, wieder abgelenkt wird. Es hat heute vor Beginn der Verhandlung eine längere Konferenz zwischen dem Vorsitzenden und den Rechtsanwältinnen Dr. Vuetgebrune und Dr. Holl stattgefunden, in der diese Möglichkeit erörtert wurde. Es scheint, als ob nicht nur innerpolitische Erwägungen dafür sein werden, ob im weiteren Verlauf des Prozesses die Öffentlichkeit wiederhergestellt ausgegeschlossen werden wird. Möglicherweise tritt dadurch eine Verkürzung der Prozedur ein, da mit dem Verzicht auf einige Zeugen zu rechnen wäre.

Am heutigen Nachmittag soll, wenn bis dahin die Vernehmung Oberleutnant Kriebels beendet ist, General Lubendorff vernommen werden.

Auflösung / Ausnahmezustand.

Das Reichskabinett hat sich in seiner gestrigen Sitzung eingehend mit der politischen Lage beschäftigt. Nach dem Verlauf der Aussprache ist mit einer Auflösung des Reichstages im Laufe der nächsten Woche mit großer Wahrscheinlichkeit zu rechnen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich außerdem mit der Frage, welcher Rechtszustand vom 1. März an den militärischen Ausnahmezustand ersetzen soll. Wie es heißt, ist beabsichtigt, den militärischen Ausnahmezustand in einen zivilen zu verwandeln, zugleich aber das Verbot der extremen politischen Parteien von rechts und links aufzuheben.

Sollte sich diese Maßnahme betätigen, so wird es notwendig sein, im Reichstag, solange diese öffentliche Tribüne noch besteht, auf sie zurückzukommen.

Bankrott der Generalschicht.

„Militärische Fähigkeiten reichen nicht aus...“

London, 28. Februar. (TA) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt aus Madrid: Dieser Tage ist General Primo de Rivera zu der Überzeugung gelangt, daß militärische Fähigkeiten nicht ausreichen, um einen modernen Staat zu regieren. Primo de Rivera geht jetzt ein, daß der Verstoß einer unvermeidlichen Uebel ist. Der Diktator hat daher mit Zustimmung des Königs private Besprechungen mit den verschiedenen parlamentarischen Führern eröffnet, die er selbst in die Verbannung geschickt hatte, insbesondere mit Maura und dessen

Vorgehen gegen Börsenmakler.

Auch an der heutigen Börse war eine irgendwie nennenswerte Beseitigung des Geschäftes nicht wahrzunehmen. Noch immer warte die Börsenmaklersteuer während auf den Effektenverkehr. Beibehaltung wurde heute noch das Vorgehen der Steuerbehörde gegen die Makler erörtert. Die nach dem jeweiligen Dollarkurs in Gold umgerechneten Differenzen zwischen dem bisher gezahlten Händlerstempel und dem zu zahlenden Kundenstempel aus dem Jahre 1923 sollen nachgezahlt werden, wozu auch die Versicherung der Behörde, gegebenenfalls mit Teilzahlungen einverstanden zu sein nicht viel ändert. Die Situation wird noch wesentlich verschärft durch die jetzt fällig werdenden Steuertermine. Es kommt hinzu, daß die Umwandlung des Auslandskapitals an der Berliner Börse fortwähret. Der erneut einkommende Frankfurter reist natürlich hierzu in verstärktem Maße an. Die Gesamtstimmung der heutigen Börse kann wieder als lustlos bezeichnet werden.

Im Devisenverkehr waren die Anforderungen wieder sehr stark, so daß die Zuteilungen nicht erhöht werden konnten.

Die Henderson-Debatte.

Die gestrige Unterhausdebatte über die Revisionsrede Hendersons ist in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Einmal vom internationalen, aber auch vom englisch-innerpolitischen Gesichtspunkt aus.

Zweifellos hat Henderson eine rhetorische Unvorsichtigkeit gegenüber dem Ministerpräsidenten und Außenminister MacDonald begangen. Eine Unvorsichtigkeit, weil, wie Lord George leider nicht zu Unrecht in der Debatte betonte, das Wort „Revision“ eines der gefährlichsten der Welt in dem gegenwärtigen Stadium der europäischen Dinge ist, und weil es viel besser ist, wie es MacDonald in seiner Programmrede getan hat und wie es offensichtlich auch in der Praxis besteht, in der Sache die Abänderung des Friedensvertrages zu erfinden, ohne das ominöse Wort „Revision“ zu gebrauchen. Die Unvorsichtigkeit Hendersons besteht darin, daß er als Innenminister in einer Wahlrede in so kategorischer und aufsehenerregender Art über Dinge gesprochen hat, für die verfassungsmäßig und außenpolitisch nicht er, sondern MacDonald die Verantwortung trägt. MacDonald hat nun einmal, seitdem er am Ruder ist, die Taktik der Versöhnlichkeit und des Entgegenkommens Poincaré gegenüber eingeschlagen und die Entwicklung der Dinge z. B. in dem Wahlkampf haben ihm, bisher wenigstens, recht gegeben. Es geht demnach nicht an, daß ein jeder von den sechs und vierzig Mitgliedern der neuen Regierung auf eigene Faust außenpolitische Ausführungen von weittragender Bedeutung mache, ohne sich mit dem zuständigen Minister vorher in Verbindung zu setzen.

Das ändert natürlich nichts an der Tatsache, daß MacDonalds Ansicht über den Charakter des Versailler Vertrages und über seine Revisionsbedürftigkeit mindestens ebenso radikal ist, wie jene Hendersons; und es ist ferner unbestreitbar, daß MacDonald bei früheren Gelegenheiten als Parteimannt sich genau in demselben Sinne über Versailles geäußert hat, wie Henderson am Sonnabend in Burnley, und daß die Forderung der Revision der Verträge im Wahlkampf der Arbeiterpartei ausdrücklich stand. Aber es ist nun einmal so, daß sozialistische Minister nicht so frei von der Leber reden können wie sozialistische Parteiführer: die deutsche Arbeiterklasse hat dies im Laufe der letzten fünf Jahre lernen müssen und, mit Ausnahme der Kommunisten, allmählich auch begriffen. Jetzt wird auch die englische Arbeiterklasse, die in ihrer überwältigenden Mehrheit innerlich zweifellos auf dem von Henderson entwickelten Standpunkt steht, ebenfalls durch die bittere Schule der staats- und außenpolitischen Notwendigkeiten gehen müssen. Das wird ihr aber infolgedessen leichter sein, als sie glücklicherweise keine Kommunisten zählt.

Innerpolitisch ist diese Henderson-Debatte ein neuer Beweis dafür, wie schwer es einer Regierung ist, als Minderheit zu regieren. Die Labour Party ist noch keine sechs Wochen am Ruder, das Parlament ist erst seit etwa zwei Wochen unter dem neuen Kabinett wieder versammelt, und es ist dies bereits mindestens der dritte Vorstoß, den die bürgerliche Mehrheit gegen sie unternimmt. Zunächst kam der liberale Vorstoß wegen der Flottenausrüstung, wobei die Arbeiterpartei nur mit Hilfe der Konservativen gegen die Liberalen siegte, sodann die Armenunterstützungsfrage, die von den Liberalen angedrängt wurde, in der aber schließlich die Arbeiterpartei mit den Liberalen gegen die Konservativen siegte, und nun diese außenpolitische Debatte, in der beide bürgerliche Parteien MacDonald in die Enge trieben, um schließlich, wie mit einer noblen Geste, auf eine Kraftprobe zu verzichten. Konservative und Liberale geben abwechselnd der Regierung MacDonald ihre Unterstützung zu spüren, sie spielen gewissermaßen mit ihr wie die Rache mit der Maus und wollen offenbar auf diese Art ihr Ansehen im Lande allmählich untergraben. Wir wünschen natürlich aus vollem Herzen, daß ihnen das nicht gelinnt, müssen jedoch aus der bisherigen Entwicklung der Dinge die Schlussfolgerung ziehen, daß letzten Endes Sozialisten in einer Minderheitsregierung es nicht besser haben als in einer Koalitionsregierung.

Ueber die gestrigen Henderson-Debatten bringt WTB. noch einen ausführlichen Bericht, aus dem wir entnehmen:

Der frühere Unterstaatssekretär Mac Neill wies weiter darauf hin, daß die Presse des Kontinents Hendersons Rede sehr große Bedeutung beigemessen habe. Auf MacDonalds Frage: Welche Presse? erwiderte Mac Neill: die französische und nannte das „Echo de Paris“ (!). Er fuhr dann fort, bevor man den Versailler Vertrag in dem von Henderson angedeuteten Sinne revidieren könnte, müßte man 32 Signatarstaaten versammeln und ihre Zustimmung zu der vorzuschlagenden Revision erhalten und frönte zum Schluß den Premierminister, ob er endlich die von Henderson als wesentlich bezeichnete Politik zurückweise und falls er sie zurückweise, was dann der Innenminister tun werde?

Macdonald,

der auf die scharfe Kritik Mac Neills nicht weniger scharf antwortete, bezeichnete die Rede Mac Neills als eine der schädlichsten, die je von einem unerfahrenen politischen Redner gehalten wurde. Er erklärte, daß die Rede Mac Neills in dem von Henderson angedeuteten Sinne revidieren könnte, müßte man 32 Signatarstaaten versammeln und ihre Zustimmung zu der vorzuschlagenden Revision erhalten und frönte zum Schluß den Premierminister, ob er endlich die von Henderson als wesentlich bezeichnete Politik zurückweise und falls er sie zurückweise, was dann der Innenminister tun werde?

fragte auf Mac Neills Hinweis auf die Haltung der französischen Presse bezugnehmend, seit wann denn Mac Neill sich durch Angriffe des „Echo de Paris“ beunruhigen ließe. Wann habe er während seiner Amtszeit auch nur ein gutes Wort vom „Echo de Paris“ bekommen, und wann habe die britische Regierung je in ihrer auswärtigen Politik Lob von Verdienst geerntet? Macdonald fragt weiter, ob Mac Neill die guten Beziehungen Frankreichs zur britischen Regierung zu gefährden wünsche? Sei er etwa bereit, jedes nationale und internationale Interesse zu opfern, um seine politischen Gegner in eine unglückliche Stellung zu bringen? Henderson habe im Wahlkampf offenbar unter dem Eindruck gestanden, daß er als Minister der Krone wie ein Privatmann sprechen könne. Minister der Krone und Mitglieder der Regierung müßten mit dem Ernste und der Zurückhaltung sprechen, die ihrer Stellung angemessen sei. Wenn Mac Neill den Rücktritt Hendersons verlange, so werde er ihn nicht erhalten. Mac Neill habe gefragt, ob Hendersons Rede ein Ausdruck der Politik der Regierung sei, darauf habe er, Macdonald, mit „Nein“ geantwortet; er habe hinzugefügt, die Erklärung, die er über die auswärtigen Angelegenheiten gegeben habe, seien die Erklärungen der Politik der Regierung und dazu stehe er. Der Premierminister fuhr fort, dies sei doch sicher genügend. Er verlas darauf die bereits früher von ihm gegebenen schon gemeldeten Erklärungen über seine auswärtige Politik und fügte hinzu, er werde nicht 10 oder 20 Jahre vorausschauen; er wolle ein Realist sein und werde daher nicht ein Problem aufwerfen, das erst in 10 oder 20 Jahren reif sei.

Clond George.

der hierauf das Wort ergriff und die Rede Hendersons als eine erste Indiskretion bezeichnete, sagte, Macdonald habe, welche Unklarheit auch immer in seiner Antwort am Montag enthalten gewesen sei, jetzt keinerlei Zweifel bei irgend jemandem darüber gelassen, welches die Ansichten der Regierung seien. Niemand wisse besser als Macdonald und Baldwin,

wie ergoß sich und gefährlich das Wort „Revision“

in der Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten sei. Wie man auch über den Vertrag von Versailles denken möge, so sei er doch die Grundlage des Bestandes gewisser neuer Nationen in Europa, so Polens, der Tschechoslowakei und, so viel er wisse, auch Jugoslawiens, und habe auch eine Frage, die Europa seit 50 Jahren gequält, die zahlreihe Kriege und darunter den furchtbaren Krieg der Weltgeschichte hervorgerufen habe, gelöst. Das Wort Revision sei also das gefährlichste Wort, das irgendein Minister mit Bezug auf den Versailles-Vertrag gebrauchen könnte.

Clond George sagte weiter, bevor der Premierminister seine schwierige Aufgabe der Ueberredung und Versöhnung erfüllen könne, werde er zahlreiche Dinge tun müssen, die weder mit der Bergepredigt noch mit den 14 Punkten noch mit dem Programm der Arbeiterpartei vereinbar sein werden. Kein Minister könne unter den augenblicklichen Verhältnissen Europas eine Revision der Grenzen vorschlagen, die mit Blut geschrieben seien, und was die Revision der Reparationen anbetreffe, so gebe es in Europa kein Land, das nicht beunruhigt sei, würde, wenn nicht zweifelsfrei festgestellt würde, daß dies nicht die Politik der britischen Regierung sei. Wenn Europa das Gegenteil glauben würde, so wäre es um alle Bemühungen des Premierministers, eine Versöhnung und ein Uebereinkommen zustande zu bringen, geschehen. Wenn man vor der Revision der Reparationsklauseln des Versailles-Vertrags spreche, so werde Frankreich nicht einen einzigen Schritt in dieser Richtung machen, wenn man es dagegen zu bitten würde die Beiträge, die Zeit und die Sicherungen zu erwägen, dann würde es dies tun. Clond George fuhr fort, er beabsichtige nicht, jede Klausel des Vertrags zu verteidigen, es sei aber erforderlich, daß endlich zweifelsfrei bekannt werde, daß Hendersons Erklärungen nicht die Absichten der Regierung darstellten. Clond George schloß, er, und wie er glaube auch die Liberale Partei, seien von der Darlegung der Regierungspolitik befreit.

Baldwin.

der im Namen der Konservativen die Debatte beschloß, erklärte, wenn die jetzt gehörte Erklärung des Premierministers von ihm bereits am Montag gegeben worden wäre, so wäre diese Debatte vermieden worden, die neue Antwort Macdonalds werde jedenfalls in ganz Europa mit einem Gefühl der Erleichterung aufgenommen werden. Niemand auf Seiten der Opposition werde etwas tun, um die Arbeit der britischen Regierung an einer Entwirrung der europäischen Schwierigkeiten zu erschweren; sondern die Opposition die Erklärung des Premierministers über die zur Debatte stehende Frage gehört habe, beabsichtige sie nicht, das Haus weiter in Anspruch zu nehmen.

Falsche Spekulation.

Von Hans Wesemann.

Abends auf der Untergrundbahn zwischen Friedrichstraße und Hallesches Tor. Die Wagen sind wie gewöhnlich überfüllt, dementsprechende gereizte Stimmung der Insassen. Ein dicker Herr mit blauschwarzen Botten kann nicht seine Zeitung lesen und schimpft halblaut. Eine junge Dame ärgert sich, daß sie mit ihrer Pelzjacke gegen einen Mann gepreßt wird, der einen schabigen Mantel mit fettigem Kragen trägt, und beschließt, in Zukunft nur noch 2. Klasse zu fahren. Eine alte Frau hat sich krampfhaft fest, während vor ihr ein netter junger Mann sitzt, der sich schlafend stellt, um nicht aufstehen zu müssen. Die übrigen Leute sind auch nicht froh.

In dieses Idyll hinein klingt plötzlicher Gesang. Man hört zuerst nur immer einzelne Worte, dann endlich lauter: „So lang' noch unter'n Linden...“ Es ist keine schöne geübte Stimme, durchaus unter'n Linden...“ Es ist keine schöne geübte Stimme, durchaus Aber so etwas wirkt immer komisch. Die Leute werden aufmerksam, suchen den Veranstalter des Konzerts, finden ihn auch.

Ein junger Mensch im abgetragenen Felsgrau steht gleich an der Tür und singt vor sich hin. Er ist sehr bleich und seine Augen sehen hungrig und böse-vergeweltet die Leute an.

Die aber amüsieren sich über den lustigen Burschen und erröten sich den Gesang auf ihre Weise. „Mensch, hast Du aber 'n Kissen!“ ruft ihm wohlwollend ein älterer Arbeiter zu.

Der junge Mensch aber hat für seinen letzten Groschen eine Karte gekauft und fährt nun die Stationen ab, immer wieder seinen Schloßer anstimmend — vielleicht schenkt ihm doch noch einer was. An den halbtiefsten schweigt er vorsichtig.

Aber seine List nützt ihm nichts. Ein strenger Herr mit staatsbürgerlichem Gefühl hat ihn entdeckt und ruft an der nächsten Station pflichtgemäß den Beamten.

Der führt ihn unter dem Beifallsgemurmel der anständigen Reisenden ab. Der Deutsche hat eben keinen Sinn für Humor. — Er hätte lieber „Deutschland über alles“ singen sollen.

Der Einundfünfzigprozentige.

Bei 51 Prozent Wahrscheinlichkeit

Wird General Poffow Hochverräter.

Er bricht sein Wort, seinen Fahnenred,

Es tritt sogar an des Kaisers Tote er.

Sind es dagegen nur 49 Prozent,

bleibt Poffow loyaler Diener des Staates.

Der genau den Kreis seiner Pflichten kennt,

Insich des kleinsten Hochverrates.

Neue Ermächtigungsgesetze?

Unmögliche Forderungen der Auflösungsgesetzgebung.

Die Reichsregierung legt ihre Veruche, vom Reichstage neue Ermächtigungen zu bekommen, fort.

Der Hauptausschuß beschäftigte sich am Donnerstag vormittag mit dem Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1924. Darin verlangt die Reichsregierung die Ermächtigung, bis zur gesetzlichen Festsetzung des Reichshaushaltplanes für 1924, die zur Aufrechterhaltung des Reichsverwaltung oder zur Erfüllung der Aufgaben des Reiches notwendigen Ausgaben zu leisten.

In einem weiteren Absatz wird gefordert, daß die berüchtigte Abbauforschungskommission Bewand-Busch-Weser das gleiche Recht wie der Reichstag oder einer seiner Ausschüsse haben soll, daß nämlich Ausgaben nicht geleistet werden dürfen, wenn diese Abbauforschungskommission Widerspruch erhebt. In § 3 des Gesetzentwurfs werden neben 300 Millionen Goldmark zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse auch nicht weniger als 500 Millionen Goldmark zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben gefordert.

Im Hauptausschuß erhebt Stücken (Soz.) gegen dieses neue Ergänzungsgesetz entschiedenen Einspruch, vor allem auch gegen die Befugnisse, die man der schon unruhig bekanntem Abbauforschungskommission zugewiesen habe. Stücken verlangte die Vorlegung eines Note'ais.

Ministerialdirektor v. Schlieffen erklärte, daß ein Note'ais oder Papiermarkt nicht möglich sei, weil der bisherige Papiermarkt dafür keine Grundlage biete. Mit der Streichung der Befugnisse der Abbauforschungskommission erklärte er sich einverstanden. Im übrigen sei er um Annahme des Gesetzentwurfs, weil dies die außerordentlich schwierige Finanzlage des Reiches erfordere.

Dr. Herz (Soz.) forderte, daß zu den allen guten Staatsgrundgesetzen zurückgekehrt werde. Es sei unmöglich, der Reichsregierung die allgemeine Vollmacht auf unabsehbare Zeit zu geben. Höchstens könne man bei der Unsicherheit der parlamentarischen Lage die gewünschte Vollmacht bis zum 30. April gewähren. Bis dahin könne bei der in Aussicht stehenden baldigen Auflösung des Reichstages der neue Reichstag zusammengetreten sein. Herz fragte, wofür die 500 Millionen Mark einmalige außerordentliche Ausgabe gebraucht werden, ferner, was der Belagerungszustand kostete. Es sei unerträglich, daß man Abbau an Gehältern, Löhnen, Renten vornimmt und viele Millionen für den militärischen Ausnahmezustand ausgibt. Die für Erwerbslosenfürsorge eingesetzten 500 Millionen sind nach den Berechnungen von Herz zu niedrig und können unter Umständen auf 900 Millionen ansteigen. Herz fragte weiter, welcher Betrag zur Erhöhung der Beamtengehälter zur Verfügung stehe und zur Erhöhung der Renten, die im Hinblick auf die Mietsteuer notwendig seien.

Während der Rede des Abg. Dr. Herz macht der Zentrumsgeneralsekretär v. Guérard wiederholt Zwischenrufe, die darauf schließen lassen, daß das Zentrum die Auflösung des Reichstages in der nächsten Woche als sicher betrachtet. Insbesondere als Herz über die aufgeworfene Frage die Debatte im Plenum ankündigt, warf v. Guérard dazwischen: „Wenn Sie noch dazu kommen!“

Ministerialdirektor v. Schlieffen erklärte, daß für soziale Fürsorge geringere Beträge eingesetzt worden seien, weil jetzt ein großer Teil dieser Ausgaben den Ländern zufalle. Die Summe für Erwerbslosenfürsorge werde durch die Einführung der Erwerbslosenversicherung stark vermindert, was durch Zusage des Abg. Hoch (Soz.) bezeugt wird. Ueber die Erhöhung der Beamtengehälter konnte v. Schlieffen keinerlei Angaben machen, ebenso wußte er nichts Genaues über die Kosten des Belagerungszustandes zu sagen. Er wünscht, daß das Gesetz ohne Begrenzung angenommen werde. Die Regierung hoffe, noch vor Ostern den Etat dem Reichsrat vorlegen zu können. Ueber den Zweck der für einmalige außerordentliche Ausgaben geforderten 500 Millionen Goldmark wußte Herr v. Schlieffen nur unbefriedigende Antwort zu geben.

Dr. Quast (D. Sp.) forderte den Abbau der Erwerbslosenunterstützung. Die Kosten seien bei der Finanzlage des Reiches nicht mehr

aufzubringen. Bei weiterem Niedergang der Wirtschaft sei eben der Hungertod von Millionen Menschen nicht zu vermeiden. Selbst wenn der Belagerungszustand 150 Millionen Goldmark kostete, sei das gut angelegt! Auf diesem Gebiet dürfe nicht gespart werden. Erlang (Str.) ist mit dem Entwurf einverstanden.

Hermann Müller (Soz.) rügt, daß keine Auskunft über die Kosten des Belagerungszustandes gegeben sei und fragt, ob der Meinerer Loffow noch immer sein Gehalt oder seine Pension erhalte. Er unterstrich noch einmal, daß das Gesetz nur bis 30. April befristet werden dürfe. Wetland (Dem.) ist gegen die Befristung bis zum 30. April. Auch der inzwischen erscheinende Reichsfinanzminister Dr. Luther, der bei Abschluß dieses Berichtes noch spricht, erklärt, daß er mit der Verlängerung bis zum 30. April nicht auskommen könne.

Bismarck auferstanden.

Als deutschnationaler Wahlkandidat.

Die deutschnationalen Landesverbände in Bremen-Osnabrück und Ostfriesland haben den Fürsten Otto von Bismarck in Friedrichsruh eine Reichstagskandidatur angeboten, die keine Durchlaucht gnädigst anzunehmen geruht. Wir haben also wieder einen Bismarck, und zwar einen ganz echten mit dem Bornamen Otto und dem Wohnort Friedrichsruh. Es fehlt nichts. Selbst die berühmten drei Haare lassen sich ohne Mühe herstellen, wenn sich der Wiedererstandene dazu entschließt, die überzähligen auszureißen.

Der verstorbene Bismarck ist nämlich noch sehr jung. Er ist etwa dreißig Jahre alt und Enkel des ersten deutschen Reichskanzlers. Es kommt natürlich vor, daß Söhne und Enkel, die in politischen Kreisen aufgewachsen, den Spuren ihrer Väter und Großväter folgen. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn sie nach ihren Leistungen beurteilt werden.

Aber von den politischen Leistungen des Bismarck-Enkels ist nicht das geringste bekannt. Kein Mensch, auch kein Deutschnationaler, hätte daran gedacht, ihn für den Reichstag zu präferieren, wenn er etwa Schmidt oder Müller hieße. Weil er zufällig Otto von Bismarck heißt, ist aber sein Name als Wohltäter gut zu gebrauchen, und dies ist der einzige Grund, warum dieser junge Mann als deutschnationaler Kandidat aufgestellt wird. Solche solche Namenskandidaturen sind ein Hohe auf die Demokratie, und die Wähler, die einen Mann wählen, nicht wegen seiner Fähigkeiten, sondern um seinem schönen Namen zuliebe, machen sich über sich selbst lustig.

Die deutschnationale Bismarck-Kandidatur ist eine Spekulation auf die politische Unreife. Sie ist ein Versuch, eine Vergangenheit aus dem Grabe zu holen, von der nur noch die Namen übrig geblieben sind.

Deutschnationale Lügen.

Und was dahinter steckt.

Die „Kreuz-Zeitung“ behauptet in einem Stimmungsblatt über die gestrige Aussprache im Reichstag, die Sozialdemokratische Fraktion wolle jetzt durchsehen, „daß nach Ablauf der Wahlperiode den jetzigen Abgeordneten die Diäten bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages fortgezahlt werden; auch die Freifahrkarten wollen die Herrschaften behalten“. Wir stellen dazu fest, daß diese Mitteilung in allen Teilen erfunden ist und daß von der Sozialdemokratischen Fraktion keinerlei Anregung zu einem derartigen Schritt ausgegangen ist.

Als im Dezember v. J. die Auflösung des Reichstages drohte, ist allerdings unter den Parteien über die Möglichkeit gesprochen worden, den Auflösungstag des Parlaments unmittelbar vor den Wahltag zu legen, wie das jetzt durch einen einstimmigen Beschluß des Bayerischen Landtages geschehen ist. Damit wäre dann die Erhaltung der Rechte der Abgeordneten während der Wahlzeit verbunden. Wir stellen aber ausdrücklich fest, daß diese Anregung vom Vorstand der Deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgegangen ist, die dabei die Sorge um die Diäten und die Sorge um die Freifahrkarten in erster Linie gestellt hat.

So wirkt ein Prozent weniger oder mehr
Das Staatschiff auf die Rämme des Riffes
Oder rettet es sicher ins hohe Meer, —
Danke des germanischen Treubegriffes.

Rich. von Lindenheiden.

Ein neues Kartotikum. Der französische Arzt Dr. Rouber lenkt in der Fachpresse die Aufmerksamkeit der Kollegen auf eine unbekannte, in ihrer narzotischen Wirkung garabuzierende Pflanze, die die Eigenschaften hat den Quenen wunderbaren Glanz zu verleihen. Es handelt sich dabei um einen kleinen mexikanischen Kakthus, der, wie bei uns die Pilze, getrocknet wird und bei gewissen reizbaren Organen, die von einigen Indianerstämmen in den Südstaaten noch geieiert werden, als stimulierendes Mittel zur Anwendung kommt. Es ist ein denofoseer Kakthus von fast kegelförmiger Form und grüner Farbe. Wissenschaftlich führt er den Namen „Echinocactus Williamsii“. Er wächst ausschließlich in Mittel- und Nordamerika in steinigem Wüsten, Sandsteppen, auf den Felsabhängen der Berge und an den Strömern des Rio Grande. Seit Jahrhunderten wird er von den Eingeborenen als Kräftigungsmittel und stimulierendes Mittel verwendet, findet aber auch gegen die Tuberkulose Verwendung. Man sagt, daß der Widerstand, den die Uremiker den spanischen Eroberern Mexikos leisteten, nicht zum wenigsten auf die stimulierenden Wirkungen dieses Kakthus zurückzuführen war. Interessanter aber erscheint die physiologische und physische Wirkung, die bei der Verwendung starker Dosen des Mittels zu bemerken ist. Dabei besteht hier nicht die bei anderen Kartotika vorhandene Gefahr einer organischen Schädigung, da der Gebrauch nicht zum gewöhnlichenmäßigen Genuß verleitet und keine bösen Nachwirkungen hinterläßt.

Ein gesunder Beruf. Erhebungen, die von dem englischen Gesundheitsamt angestellt worden sind, haben ergeben, daß die Ränge von anstehenden Kräftearbeiten, wie Tuberkulose, Krebs, Influenza usw. besonders selten heimgesucht werden. Ein Mitglied des Ministeriums Dr. S. Monahan Copman der die Gesundheitsverhältnisse der verschiedenen englischen Städte studiert hat, erklärte, daß die Mönche sich einer außerordentlich guten Gesundheit erfreuen, ein besonders hohes Alter erreichen und bis in die höchsten Lebensjahre tüchtig bleiben. Er schreibt dies der Tatsache zu, daß in den Klöstern wenig oder gar kein Fleisch gegessen wird. Die englischen Mönche nähren sich hauptsächlich von Früchten und Gemüse, und das soll nach der Meinung des Arztes der Grund für das Fehlen von Krankheiten und das lange Leben der Mönche sein. „Beute im mittleren Alter“, erklärt Copman, „sollten überhaupt viel Früchte und Gemüse essen, so wie es die Mönche tun. Eine im wesentlichen fleischlose Kost reicht aber auch noch für sehr alte Leute aus. Ich sah Mönche von mehr als 90 Jahren, die noch vollkommen tüchtig waren und schwere Arbeiten, wie Steinlagers, verrichteten.“

Wenn spärlicher Fleischgenieß Gesundheit und langes Leben garantiert, dann müßt n die deutschen Proletarier samt und sonders ein tüchtiges Reithausmittel erreichen. Es scheint aber, daß das Gemüse essen es nicht tut, sondern daß als Beilage noch ein behäbtes Fausengerdasein hinzutreten muß. Des Einkreuzens gehört im allgemeinen nicht zu den Berufsgeschäften eines Mönches.

Wie der Krieg erstarb.

In der Schrift des französischen Abgeordneten Rudolf Herceg über „Die Ideologie der kroatischen Bauernbewegung“ finden wir folgende Schilderung, die wir auch der besonderen Beachtung unserer agrarischen Leseschreiber empfehlen: Ende Juli 1914 erschien in allen Dörfern Plakate, in denen geschrieben stand: Ich bin schon alt und muß in meinen alten Tagen Krieg führen: kommt daher, Männer, und schlägt euch für mich... Gezeichnet war Franz Josef I. — andererseits Rifosaus, Wilhelm, Peter, Georg usw.

Millionen von Menschen erlosch der Schrecken. Krieg! Keinem war daran gelegen, jemanden zu töten und noch weniger, sich selbst erschlagen zu lassen. Im Krieg ergeht es jedoch derart. In seiner tiefsten Seele war jedermann (ausgenommen hohe Herrschaften, die nicht demüthigt waren, auf das Kampffeld zu ziehen) gegen den Krieg, wenn jedoch der Kaiser ruft, die Generale und Minister durch Beamte und Gendarmen befehlen wenn man muß, da sind wir alle gegangen. Niemand war es zum weinen. Manche haben sich aber betrunken, haben gesungen und vielleicht hat sie und da auch einer gerufen „es lebe der Krieg“, nur um der Welt zu zeigen, daß jenes, was man muß, nicht einmal schwer sei...

Und das Volk ist Dämmern gleich zur Schlachtdank gezogen auf die Schlachtfelder marschiert und hat sich ein, zwei, drei Wochen, einen, zwei, drei Monate, zwei, drei Jahre geschlagen...

Auf einmal ist etwas ganz Unerwartetes geschehen. Jemandem Soldat — wer es war, nämlich wer der allererste war, wird man niemals erfahren — ist auf Urlaub in seiner Heimat eingetroffen. Er ist auf drei Wochen gekommen, um seinen bejahrten Eltern, seinem Weib und seinen minderjährigen Kindern zu helfen, um ihnen in der Wirtschaft und im harten Leben beizuhelfen. Er hat sich jedoch in der Hitze der Arbeit kaum ausreichend gefunden, als drei Wochen bereits verstrichen waren und er schon an die Front zurück mußte. Morgen erklart der Urlaub, mit Tagestrauern muß er auf die Reise. Der schicksalsschwere Abend bricht an, es folgt eine noch schwerere Nacht. Soll er gehen oder bleiben? Der kaiserliche Befehl und der Soldatenruf rufen ihn zur Wehr, zur Verteidigung des Staates, des Königs und des Vaterlandes, während Eltern, Weib und Kinder um Hilfe stehen zur Arbeit, fordern zur Verteilung des Heimes auf... Weisere Gedanken bedrängen schwer einen Entschluß. Es ringt der Soldat mit dem Menschen. Und auf einmal über Scholle und in schlafloser Nacht steht der Mensch „Ich gehe nicht“ — flüstert der oewelene Soldat und laut sagt hierzu der ermüdete Mensch: „Es bleibt sich gleich, ob sie mich hier oder dort erschießen; hier wird man mich wenigstens auf dem Friedhof bestatten...“ Und er blieb zu Hause... Seinem Weib folgte der zweite, dritte, vierte... der hundertste, tausendste usw...

Ran haben sie nicht mehr getraut, jetzt bekommen sie laut zu reden... Und einer unter ihnen laute: Mich rufen der Kaiser, die Minister, die Gendarmen, und alle lauten „du mußt“, ich laue jedoch: „Ich will nicht“, und sehr: „du mußt“ ist ein hoher Herr und „ich will nicht“ ist jedoch noch ein höherer... Und als sie alle so gesprochen haben, hat es keinen Krieg mehr gegeben...

Die Trophe veranlaßt in der Zeit vom 1. — 5. März eine zweite Reihe von fünf Vorträgen R a v i A r a u s.

Das Zentrum wehrt sich, allen Traditionen folgend, gegen jeden Abbau der konfessionellen und der Privatschulen. Aber auch sonst scheinen die Pädagogen des Zentrums stärker am alten zu hängen, als es sich mit der Weimarer Verfassung und den Schulgesetzen verträgt. So veröffentlicht die „Welt am Montag“ aus dem Inhaltsverzeichnis des Lesebuches für die Mittelklassen katholischer Privatschulen der Provinz Westfalen (Verlag Grösel in Dortmund 1923) folgende „Bilder aus der naterländischen Geschichte“:

- Der Große Kurfürst als Landesvater.
- König Friedrich I.
- Sparfamkeit König Friedrich Wilhelms I.
- Lässigkeit König Friedrich Wilhelms I.
- Friedrich der Große und seine Soldaten.
- Die drei Fragen (die Friedrich II. jedem neuen Garbissen vorlegte).
- Friedrich des Großen Einfachheit.
- Der König und der Müller (von Gonsouci).
- Königlicher Dank (Friedrich Wilhelms II. Dank an seinen Lehrer).
- Die Königin Luise und das hässliche Kind.
- Die Königin Luise und der General von Söderitz.
- Werb's Belagerung (Friedrich Wilhelm III. und der westfälische Bauer Sondermann).
- König Friedrich Wilhelm IV. und sein Bruder.
- Königin Elisabeth und der gelähmte Knabe.
- Die Tugendjahre Kaiser Wilhelms des Großen.
- Die Kaiserin Augusta.
- Die Kaiserin Augusta und der franke Soldat.
- Kaisers Wilhelms des Großen Tod.
- Kaiser Friedrich's Soldat.
- Kaiser Friedrich als Kinderfreund.
- Kaiser Friedrich's Tod.

Doch seit dem November 1918 in Deutschland verschiedenes vor sich gegangen ist, scheinen die katholischen Jugenderzieher in Westfalen g'att verschlafen zu haben. Was sagt Herr Böllig zu dem Fall?

Die belgische Krise.

Der Sturz der belgischen Regierung, der für viele politische Kreise überraschend gekommen ist, gewinnt angesichts der gegenwärtigen in emotionalen Konstellation eine Bedeutung, die weit über die Grenzen Belgiens hinausreicht. Mit richtigem Instinkt unterstreicht die Pariser Presse gerade diese Seite der belgischen Krise. So betonen die meisten Pariser Morgenblätter, daß die Abstimmung in der belgischen Kammer weniger dem französisch-belgischen Wirtschaftsabkommen gepolten habe, als vielmehr der allgemeinen Politik der Regierung. Der „Matin“ erinnert in diesem Zusammenhang an die scharfe Opposition der belgischen Sozialisten gegen die auswärtige Politik der Regierung. Der „Matin“ führt dann fort:

Durch den Mund ihres Führers Vanderveelde hätten sie von Anfang an gegen die Bestätigung des Ruhrgebietes Einspruch erhoben. Sie wollten vom Standpunkt der internationalen Beziehungen die Rückkehr Belgiens zu seiner alten neutralen Stellung in Rahmen eines bewußt aufrecht erhaltenen Gleichgewichts zwischen den drei kriegsartigen Großmächten Frankreich, England und Deutschland, und behaupteten, daß die Politik der Allianz mit Frankreich, die die das umstrittene Wirtschaftsabkommen gewissermaßen das Symbol darstelle, Belgien eine für seine Leistungsfähigkeit zu schwere Last auferlege. Da Vanderveelde der Führer der stärksten Oppositionspartei sei, würde er nach den parlamentarischen Regeln zur Bildung des Kabinetts berufen werden; er werde es jedoch voraussichtlich vorziehen, für Neuwahlen an das Land zu appellieren, in denen er auf Grund einer Wahlkampagne gegen die Regierung eine Mehrheit zu finden gedenke.

In der linksdemokratischen Pariser Presse, so im „Deuxième“ und in der „Cris Nouvelle“, wird besonders hervorgehoben, daß der Sturz des Kabinetts Theunis als Desavouierung der Politik Poincarés angesehen werden müsse. Der sozialistische „Populaire“ setzt sich grundsätzlich mit der Politik der belgischen Bourgeoisie und des französischen Nationalen Blocks auseinander. Er schreibt u. a.:

Die belgische Sozialdemokratie, die der wahre Totengräber des Kabinetts sei, verlange die Auflösung der Kammer und Neuwahlen. Die belgische Bourgeoisie werde diese Lösung schwer umgehen können, da als einzige die Möglichkeit schaffe, die Unschärfe der gegenwärtigen Lage vollkommen zu beseitigen. Abgeordnete des Nationalen Blocks hatten weder ihre Sorge noch ihre Vermittlung verhehlt. Sie müßten in der Tat, daß die Sozialisten und Blomen, die Theunis gestürzt hätten, nicht allein gegen das französisch-belgische Wirtschaftsabkommen, sondern auch gegen die Ruhrbesetzung und besonders gegen die Art seien, wie das Kabinett sich von Poincaré nach der Einstellung des deutschen passiven Widerstandes ins Schleppland habe nehmen lassen.

Nicht minder kritisch wie die Pariser Presse verhält sich auch die Londoner. So schreibt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“:

Der Sturz des belgischen Kabinetts werde überall als ein international wie innerpolitisch bedeutungsvolles Ereignis angesehen. Es komme im übrigen der Wahrheit sehr nahe, wenn man sage, der Sturz des Franken habe Theunis umgebracht, und es werde nun am Vorabend der Woche „Theunis“ und „Theunis“ und der interkontinentalen Erörterung über die Zukunft der Ruhrbesetzung und der Pfänder besonders interessant sein zu beobachten, wer die Männer sein würden, die aus der belgischen Ministerkrise hervorzugehen würden.

In Belgien selbst gibt sich die Regierungspresse alle Mühe, den Eindruck des Kabinettssturzes zu mildern, indem sie erklärt, daß das Ministerevotum sich lediglich gegen das geplante Wirtschaftsabkommen mit Frankreich gerichtet habe. Weiter die Neubildung des Kabinetts liegen vorläufig noch keine präzisen Nachrichten vor. Nachdem Theunis dem König die Demission des Kabinetts mitteilte, wurde er vom König gebeten, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Theunis lehnte ab und bat den König, die Krise so rasch als möglich zu lösen, da er unter den gegenwärtigen Umständen die Haltung der Innenpolitik nicht länger verantworten könne. Entsprechend der neuen Mehrheit der Kammer solle Van der Weelde die Bildung der neuen Regierung übernehmen.

Ob es tatsächlich zur Bildung eines sozialistischen Kabinetts kommt, ist recht zweifelhaft. Die meisten Brüsseler Meldungen stimmen darin überein, daß wahrscheinlich der Führer der Blomen van Cauwelaert, dessen Partei ebenfalls gegen die Regierung gestimmt hat, die Regierung übernehmen werde.

Blauen und Oppreusen. Im Gegensatz zu dem überlegenen Streben Blauen nach Anlehnung an das östlich-seltische Bündnis hat Blauen sich nunmehr auf den Standpunkt gestellt, sich der östlich-seltischen Zollunion nicht anschließen zu können. In der Vermutung man wie Ost-Preußen werde, hinter dieser neuen Stellungnahme Kommoder Wünsche, die auf eine engeren wirtschaftliche Annäherung Blauen an Oppreusen hinführen.

Wo kauft man in Berlin am Teuersten?

Eine Topographie der Lebensmittelpreise.

Kundigen Hausfrauen brauchen wir nicht erst zu sagen, daß manche Waren in den verschiedenen Stadtteilen Berlins bei gleicher Güte sehr ungleiche Preise haben. Von den Lebensmitteln gilt das ebenso wie von Kleidung und Wäsche und allem anderen, was zum Lebensunterhalt notwendig und unentbehrlich ist. Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat bei einigen der wichtigsten Lebensmittel sich über diese örtlichen Verschiedenheiten der Preise des Kleinhandels zu unterrichten und es veröffentlicht jetzt eine Zusammenstellung der Ergebnisse in einem Aufsatz „Lebensmittelpreise nach Stadtgegenden“. Die Statistik erstreckt sich aber nur auf das Gebiet der Stadt Berlin älteren Umfangs, wie es vor der Zusammenfassung der Einheitsgemeinde bestand.

Wie die Preise ermittelt werden.

Zur Gewinnung einer amtlichen Statistik der Lebensmittelpreise liefern das Zahlenmaterial die am Montag jeder Woche von Beamten des Polizeipräsidiums angekauften Ermittlungen. Das ganze Ermittlungsgebiet ist in zehn Preiserhebungsbezirke eingeteilt, deren jeder eine Markthalle hat. Diese zehn Bezirke werden nach den in ihnen liegenden wichtigsten Plätzen so benannt: Alexanderplatz, Pappelplatz, Oranienplatz, Belle-Alliance-Platz, Marheinekeplatz, Kaufinger Platz, Andreasplatz, Moabeburger Platz, Arminiusplatz, Weddingplatz. Die Beamten erfragen die Preise in den Markthallen und in Ladengeschäften des Bezirkes. Berücksichtigt werden nur Verkaufsstellen mittlerer Art, so daß Geschäfte mit minderwertigen Waren niedrigeren Preises ebenso wie besonders teure Läden ausgeschlossen bleiben. Im ganzen wird bei Fleisch in 130 bis 140 Verkaufsstellen, bei anderen Lebensmitteln in rund 240 Verkaufsstellen nach den Preisen gefragt, aus denen dann der Durchschnittspreis für Berlin errechnet wird.

Das Ergebnis aus sechs Winterwochen.

So lange die Geldentwertung noch im Gange war und die Preise sich täglich änderten, hätte eine Ermittlung der Lebensmittelpreise nach Stadtteilen unsichere Ergebnisse gehabt. Erst nachdem die Geldentwertung zum Stillstand gekommen war, konnte ein solcher Versuch lohnend sein. Das Statistische Amt hat für die sechs Wochen vom 3. Dezember 1923 bis zum 7. Januar 1924 aus den an den sechs Montagen ermittelten Preisen von Weizenmehl, Rindfleisch, Butter, Margarine, Schellfisch, Zucker die Durchschnittspreise für jeden der zehn Preiserhebungsbezirke berechnet. Danach war der durchschnittliche Preis in Rentenpfennig:

im Bezirk	Weizenmehl	Rindfleisch	Butter	Margarine	Schellfisch	Zucker
Alexanderplatz	26	187	258	87	88	82
Pappelplatz	24	108	240	77	85	48
Oranienplatz	25	170	258	75	48	48
Belle-Alliance-Platz	28	181	258	78	68	58
Marheinekeplatz	27	159	268	77	68	48
Kaufinger Platz	25	167	258	79	42	46
Andreasplatz	24	157	244	79	47	48
Moabeburger Platz	24	176	264	81	86	49
Arminiusplatz	26	158	258	80	55	48
Weddingplatz	26	158	258	83	50	48

Der Raubmord an dem Makler Hans Friedmann.

Die heutige Verhandlung fand gleich zu Beginn unter voller Öffentlichkeit statt. Landgerichtsdirektor Bellosohn verkündet nach Eröffnung der Sitzung, daß das Gericht den Antrag der Verteidigung auf Abgabe der Bogenmeister Breitensträter und Prenzel abgelehnt habe. Kriminalkommissar Johannes Müller, der ebenfalls die Ermittlungen geführt hat, sagt dann aus: „Schulz habe nach vielem Beugnen zugegeben, daß Hoffmann ihm die Handtasche zugeworfen habe, als Friedmann von ihm zu Boden geschlagen worden sei, er habe ihm zugerufen: „Zieh die Handtasche an, wenn die Polizei kommt, damit sie keine Fingerabdrücke findet und wir keine Kopien kriegen.“ An der Leiche haben sich dann halbe Fingerabdrücke gezeigt. Schulz hatte bei der Festnahme lange Fingerringe, Hoffmann dagegen kurze abnehmbarere Ringe. Nach dem Anzug, den Schulz getragen hatte, suchten wir lange vergeblich. Schulz wollte nicht wissen, wo er geblieben sei. Er wollte ihn an einen Unbekannten in der Münzstraße verkauft haben. Schließlich ermittelten wir, daß er ihn an seinen Bruder nach Oberberg geschickt hatte, und daß derselbe mit Blut besudelt und auszuwaschen war. Danach stimmten die Angaben Hoffmanns genau. Rechtsanwalt Dr. Vindar wünscht, daß sich der Zeuge über die Eindrücke der Straubhaftigkeit der beiden Angeklagten äußere. Vor: Daraus kommen wir ins Uferlose. Rechtsanwalt Dr. Eisenstadt folgt dieser Frage. Rechtsanwalt Dr. Frey beantragt, den Aktinhalt beiden Kommissaren vorzuhalten. Rechtsanwalt Bahn beantragt diese Frage und das Vorhalten des Aktinhalts aus dem Polizeiprotokoll. Das Gericht beschließt, dem Folge zu leisten. Der Vorsitzende macht Rechtsanwalt Dr. Vindar darauf aufmerksam, daß eine Interessenkollision bestehe, wenn er Hoffmann und Bernhard Schulz, den Bruder von Alfred Schulz, zugleich verteidige. Dr. Vindar legt darauf die Verteidigung von Bernhard Schulz nieder und behält nur die Verteidigung für Alexander Hoffmann. Rechtsanwalt Dr. Kantorowicz verteidigt fortan Bernhard Schulz allein.

15 Mark Geldstrafe für einen Zeitkartenbetrüger.

Die Eisenbahnverwaltung hat vom 1. April ab Lichtbilder für die Stadtbahnmonatstickets angeordnet. Sie glaubt diese Unbequemlichkeit dem Publikum zumuten zu dürfen, um sich gegen betrügerische Verkäufer fremder Karten zu schützen. Solch ein „Betrüger“ hatte sich vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zu verantworten, das nach Ermittlung ohne Schöpfen unter Aufsicht des Amtsanwalts und des Sekretärs am Polizeipräsidium seine Sitzung abhält. Ein junger Schöffe ist es, der mit 500 M. väterlichen Geldes aus dem Hause verschwand war. Auf Grund der Strafanzeige des Vaters ermittelte ihn das Schöffengericht in der Gestalt des Kriminalbeamten bei seinem Freunde in Berlin. Bei dem jungen Menschen fand man allerdings nicht mehr das Geld, er hatte sich dafür Sachen gekauft. Da der Vater, der Bediener ist, ihm für seine Arbeit kein Entgelt gab, dafür aber die Monatskarte seines Freundes, bei dem er übernachtet hatte. Der Vater hatte die Strafanzeige zurückgenommen, die Karte aber, durch deren einmaligen Gebrauch er die Reichsbahn um 15 Pf. geschädigt hat, trug ihm 15 M. Geldstrafe ein. Wie es in der Begründung hieß: um das Publikum, das jetzt Opfer dieses Betrugsvorgangs geworden ist, vor weiteren Unbequemlichkeiten zu schützen.

Von der Straßenbahn zu Tode geschleift?

Ein skauriger Leichensund beschäftigte am Donnerstag früh die Mordkommission des Polizeipräsidiums. Angestellte des Budower Krankenhauses fanden in den ersten Morgenstunden in Reu-Budow vor dem Hause Budower Str. 1 die schrecklich verstümmelte Leiche eines unbekannten Mannes. Der Kopf und der linke Arm war ihr abgerissen, der Leib aufgerissen. Der Kopf und das Gesicht waren über und über mit Blut bedeckt. Neben der Leiche lag eine dreieckige, blutige Patte. Es schien, als ob der Mann hiermit erschlagen worden wäre. Die Polizei des 218. Reviere rief die Kriminalpolizei an und die Mordkommission fuhr alsbald hinaus. Sie stellte fest, daß die Patte ein von einem Straßenbahnwagen abgerissenes Schuhbrett war, und fand auf dem Straßenbahnhof den Wagen, zu dem es gehörte hatte. Der

Bei einigen dieser Waren sind die Preisunterschiede zwischen den einzelnen Bezirken sehr beträchtlich. Rindfleisch z. B. hatte einen Preis von 187 Pf. (Alexanderplatz) bis 157 Pf. (Weddingplatz). Bei Schellfisch schwankte der Preis sogar zwischen 85 Pf. (Pappelplatz) und 88 Pf. (Alexanderplatz). Die Vermutung liegt nahe daß Zufälle mitsprechen. Aber da es sich um Durchschnittspreise aus sechs Wochen und aus ganzen Stadtteilen handelt, so kann der Einfluß von Zufällen nicht stark sein. Nimmt man die sechs Waren als Ganzes, so sind die Preisunterschiede zwischen den Bezirken weniger scharf. Rindfleisch und Schellfisch waren am teuersten im Bezirk Alexanderplatz, Butter aber am Moabeburger Platz, Margarine am Arminiusplatz, Weizenmehl und Zucker am Belle-Alliance-Platz. Aber das fällt auf, daß bei der Mehrzahl der Waren die Bezirke Alexanderplatz, Moabeburger Platz und Belle-Alliance-Platz zu den teureren, die Bezirke Pappelplatz, Andreasplatz und Kaufinger Platz zu den minder teuren gehören.

Bei Berechnung des wöchentlichen Ernährungsbedarfs

Das Statistische Amt hat die Frage, wo man am teuersten kauft, noch in anderer Weise zu beantworten versucht. Es hat für jeden der Bezirke die Kosten des wöchentlichen Ernährungsbedarfs eines erwachsenen Mannes berechnet, wobei 1900 Gramm Brot, 250 Gramm Zucker, 250 Gramm Rindfleisch, 400 Gramm Margarine, 300 Gramm Weizenmehl, 600 Gramm Heferohr, 750 Gramm Röhrrüben, 250 Gramm Heringe, 1500 Gramm weiße Bohnen, 500 Gramm Reis, 2500 Gramm Kartoffeln als Ernährungsbeispiel genommen sind. Diese für eine Woche bestimmte Nahrungsmittelmenge ist nicht reichlich, aber sie entspricht etwa dem tatsächlichen Bedarf von 3000 Kalorien. Nach dem Durchschnitt der sechs Preiserhebungen in der Zeit vom 3. Dezember bis 7. Januar betragen in Rentenmark die wöchentlichen Kosten der oben angegebenen Nahrungsmittel in den Bezirken Alexanderplatz 5.17, Weddingplatz 4.91, Belle-Alliance-Platz 4.88, Moabeburger Platz 4.84, Arminiusplatz 4.77, Marheinekeplatz 4.77, Kaufinger Platz 4.63, Oranienplatz 4.57, Andreasplatz 4.51, Pappelplatz 4.46. Mit den meistaen höchsten Kosten steht Bezirk Alexanderplatz an der Spitze. Zwischen den anderen Bezirken sind die Unterschiede weniger groß. Das Ergebnis für Weddingplatz übersteigt das für Pappelplatz nur um ein Zehntel. Daß Pappelplatz, Andreasplatz, Oranienplatz, Kaufinger Platz unien stehen, wird man bei den Einkommensverhältnissen der Bevölkerung dieser Stadtteile begreiflich finden. Aber daß Weddingplatz noch über Belle-Alliance-Platz und Moabeburger Platz steht, muß überraschen und erscheint schwer verständlich.

Die Preisunterschiede zwischen den Bezirken mögen sich zum Teil aus den Verschiedenheiten der Ladenmiete und der Ladenausstattung erklären lassen, die in der Innenstadt und in den nach Westen hin liegenden Stadtteilen mehr Aufwendungen erfordern. Das allein kann aber zur Erklärung nicht ausreichen und bei dem schon hervorgehobenen Bezirk Weddingplatz muß es außer Betracht bleiben, da dort für Ladenmiete und Ladenausstattung gewiß nicht mehr, sondern weniger als in der Gegend des Moabeburger Platzes oder des Belle-Alliance-Platzes ausgegeben wird.

Wagen, der letzte, der nachts um 1 Uhr abgefahren war, zeigte Spuren von Blut und Hirnmasse. Die Leiche des Toten wurde auch bald festgestellt. Es handelt sich um den Sohn der Max Breuer aus der Bergstr. 29 zu Reuthaus. Er hatte seine Braut im Budower Krankenhaus besucht, und hat wahrscheinlich zur Heimkehr den letzten Wagen der Straßenbahn während der Fahrt bestiegen wollen. Hierbei muß er in der Dunkelheit verunglückt und unter den Anhängern gestürzt sein. Der Führer merkte nichts von dem Unfall und so wurde die Leiche ein ganzes Stück Weges mitgeschleift. Der Wagen wurde von der Kriminalpolizei sichergestellt, die Leiche beschlagnahmt.

Opfer der Schneeglätte.

Der neuerliche Schneefall hat wieder eine Reihe von Unfällen zur Folge gehabt. Die 42 Jahre alte Frau Maria Willig kam vor dem Hause Kaiser-Friedrich-Straße 9 zu Fall und zog sich eine Sehnenzerrung zu. Die 59 Jahre alte Witwe Karoline Dietrich stift morgens vor dem Hause Feldstraße 55 in Spandau aus und zog sich eine starke Verrenkung des linken Unterschenkels zu, die ihre Ueberführung nach dem städtischen Krankenhaus in Spandau notwendig machte. Die 26 Jahre alte Hausangestellte Emma Knocy stürzte auf dem Kummelsburger Platz beim Aussteigen zu Boden und erlitt eine erhebliche Verletzung der linken Kniegelenke.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin e. V., 101. Reuthaus, hält am 28. Februar den 12. Jahrestag der Gründung der Kolonie ab. Die Kolonie wird von der ersten Abteilung der Arbeiter-Samariter, und zwar über die abnormen interessierenden Gebiete der Tuberkulose, Frauen- und Geschlechtskrankheiten, Eifer Vortrag: Formstein, den 28. Februar, über Tuberkulose. Zweiter Vortrag: Formstein, den 4. März, über Frauenkrankheiten. Dritter Vortrag: Formstein, den 14. März, über Geschlechtskrankheiten. Schluß der Besprechungen werden gehalten von Herrn Dr. Warentz, Reuthaus, und beginnen pünktlich abends 8 Uhr in der weltlichen Schule, Reuthausstraße 42.

Generalsversammlung des Roten Kreuzes von Berlin, 4. Verwaltungsbezirk, Generalsversammlung 58, findet am 29. Februar, abends 7 Uhr, im Logenhaus, Oranienburger Straße 25, statt.

Ueber Abbau des Gebäuwanges (sprechen freies), 29. Februar, 8 Uhr (Abend) im Logenhaus, Oranienburger Straße, im Saal für Ruderklub; Dr. jur. Siegfried Weinberg, Dr. med. Heinz Stadel und Dr. phil. Helmut Stöcker, Ausprobieren. Gäste willkommen!

Das Volksbildungsamt Treptow veranstaltet am Freitag, den 29. Febr., abends 8 Uhr, im Lokal „Euregoren“, Treptower Chaussee, ein Konzert mit dem geliebten Singsong (Mäthner)-Orchester. Dirigent: Herr Camillo Hildebrandt. Solist: Herr Kongreßmeister Nikolaj Kambinov. Eintrittskarten zum Preise von 75 Pf. sind noch an der Abendkasse erhältlich.

Ueber „Drohstoffe Telephonie“ wird Professor Dr. Reichhoffer Freitag, 7. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Musik-Hochschule einen Vortrag halten, der dazu dienen soll, in das Wesen und in die Leistung des Radios einzuführen. Während des Vortrages wird der Saal an den Bell-Telephonapparat angeschlossen.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Engerer Bezirksvorstand.

Freitag, den 29. Februar, nachmittags 3 Uhr, Sitzung im Sekretariat, Lindenstr. 3.

7. Kreis-Gesellschaft. Dem. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Schillerpark, Schillerstr. 23 (Schillerpark). Vortrag: „Die Bedeutung der politischen Arbeit“. Referent: Herr. Klaus. Mäthner. Schluß: 9 Uhr. 10. Kreis-Gesellschaft. Dem. Freitag, abends 7 1/2 Uhr: Fremdenabend im Jugendheim, Seebad, Reuthausstr. 42. Vortrag des Generals Arthur Schuler.

Jugendveranstaltungen.

Verbreitungskomitee (12. Kreis). Mittwochsabend, abends 7 1/2 Uhr, in der Halle der L. Gemeindefabrik in Tempelhofer Feldstr. 10, 11. Kreis-Gesellschaft. Dem. Freitag, abends 7 1/2 Uhr: Fremdenabend im Jugendheim, Seebad, Reuthausstr. 42. Vortrag des Generals Arthur Schuler.

